

Ulrich Schachtschneider

Befreiung, Ökologie und weniger Kapitalismus

Ein Beitrag zur Strategiediskussion DIE LINKE, Januar 2020

Wo sind wir jetzt?

Angesichts der gegenwärtigen Umbrüche der kulturellen, sozialen und ökonomischen Globalisierung sowie der deutlicher heraustretenden ökologischen Krise formieren sich zwei neue große politische Lager: Das links-progressive und das rechts-reaktionäre. Sie überformen zunehmend vormalige Orientierungen auf die alten Volksparteien SPD und CDU, die sich anhand ökonomischer Identitäten/Lagen bzw. polit-ökonomischer „Philosophien“ zugunsten eher arbeitnehmer- oder eher unternehmerfreundlichen Regulierungen des Kapitalismus ergaben.

Der Kern des rechten „Angebots“ ist die Hoffnung auf Wiederherstellung der alten Konstellation eines nationalstaatlich eingehegten Kapitalismus: Noch relativ ungestört von der ökonomischen Globalisierung durch „eigene Leistung“ am Erwerbsarbeitsmarkt eine Familie „ernähren“ zu können und den hart verdienten Wohlstand nicht durch Kulturkritik, Umweltauflagen und das Teilen Müssen mit alten (Arbeits-scheuen) und neu angekommenen Nichtstuern (Flüchtlings) gefährdet zu sehen.

Die Rechte bzw. ihre führende Partei AFD hat die Potenziale für dieses Projekt des „We First“ längst nicht ausgeschöpft. Teile der dafür anfälligen klassischen Arbeitnehmersmilieus werden heute noch durch SPD und CDU gebunden, und wir haben zumindest in Deutschland noch keine ökonomischen Einbrüche. Das sich neu konstituierende rechte Lager stellt aber – auch ohne Regierungsmacht – schon heute die stärkste Kraft zur Aufrechterhaltung einer wohlstandschauvinistischen bzw. kulturkonservativen Lebensweise dar.

Auf der anderen Seite hat sich ein progressives Lager des „Think Global“ herausgebildet, mit eher höheren Bildungsabschlüssen, beruflichen Orientierungen meist auf soziale, kreative und kommunikative Dienstleistungen, kulturell und politisch sozialisiert durch neue soziale Fragen und Bewegungen und prinzipiell bereit für ökonomische und sozio-kulturelle Veränderungen in Richtung eines öko-fairen multikulturellen Lebens und Arbeitens. Die führende Partei dieses Lagers sind die Grünen.

Gefahr läuft es allerdings, die eigene berufliche und kulturelle Lebenswelt zu absolut zu setzen und die dort eher machbare (längst nicht immer realisierte) individuelle ökologische und sozio-kulturelle Performance im selben Maße von Menschen in anderen beruflichen, kulturellen und räumlichen Lagen mehr oder weniger direkt einzufordern (Ablehnung von individueller Mobilität, Billigkäufen, Fleischkonsum etc.). Die in dieser Hinsicht ordnungsrechtlich, ökonomisch und moralisch unter Druck stehenden alten Arbeitnehmersmilieus reagieren darauf zunehmend mit aggressiven Abwehrhaltungen, die sie weiter ins rechte Lager treiben können.

Und DIE LINKE?

Ihre Rolle im progressiven Lager kann nicht im Versuch aufgehen, grüner, globaler und kulturell progressiver als die Grünen zu werden. Radikalere Forderungen nach entschlossenerer Umweltpolitik entsprechen zwar den lebensweltlichen und theoretischen

Orientierungen (z.B. Climate Justice Global) ihrer zunehmend urbanen und kosmopolitischen Mitgliedschaft. Wahlerfolge bringt es der Partei jedoch nicht, das grüne Original wird trotz aller Kompromisse bevorzugt.

Ein Profil kann DIE LINKE ebenfalls nicht erreichen, wenn sie eine Kritik des Neoliberalismus addiert, ohne dessen Überwindung sozial-ökologischer Umbau eben nicht möglich sei. Diese Feststellung ist zwar richtig. Größere ökonomische Gleichheit ist allein aus Gründen der Gerechtigkeit geboten und zweifelsohne eine Voraussetzung für eine stärkere (passive) Akzeptanz von „Grünem Umbau“ und der „Gesellschaft der Vielen“ auch in den nicht-akademischen Unten- und Mitte-Milieus. Aus ihr erfolgt aber noch keine (aktive) Zustimmung zu einer Abkehr von einer „imperialen Lebensweise“ mit zu hohem ökologischem Fußabdruck.

Die Linke (und eben auch die Partei DIE LINKE) muss die Frage stellen:

Was kann die Attraktivität eines sozial-ökologischen Umbaus für diejenigen Schichten (bzw. wenigstens eines Teils von ihnen) ausmachen, die heute Ökologie und Vielfalt eher als Bedrohung ansehen? Oder umgekehrt gefragt: Wie kann Ökologie und Vielfalt als individuelle Befreiungsperspektive erkannt werden, die aus mit dem heutigen Arbeiten und Leben verbundenen Alltagsstress, den erduldeten persönlichen Entwicklungsblockaden und Abstiegsängsten herausführen kann?

Ein solcher progressiver Ausbruch aus einengenden autoritären Verhältnissen in Familie, Betrieb und Gesellschaft konnte in den 1970er- und 1980er Jahren stattfinden, als viele Menschen auch aus „einfachen“ Arbeiterschichten in Love and Peace, im hedonistischen „Life is Now“ und Diversität, in neuen Freiräumen der Selbstorganisation einen Weg individueller und gesellschaftlicher Befreiung erkannten. Geschichte wiederholt sich nur als Farce, aber für die Linke ist es zentral, darüber nachzudenken, wie die damalige Attraktion progressiven Denkens und Praktiken akademischer und künstlerischer Avantgarden auf die heutige Situation übertragen werden kann, will sie sich nicht darauf beschränken, ihren politischen Kredit nur in gebildeteren Schichten zu erhöhen.

Befreiung heute...

Zentrale Elemente einer solchen Befreiungsperspektive, die aus dem Hamsterrad harter Erwerbsarbeit, konsumtiver (Schein-)Belohnung und aggressiver Status-Quo-Verteidigung gegen als zusätzliche Zumutungen empfundene Veränderungen herausführen kann, können etwa Entfaltungsfreiheit, Existenzsicherheit und Zeitwohlstand sein.

Sie können durch realpolitische (Einstiegs-)Forderungen wie etwa das Recht auf bezahlte Sabbatjahre, eine repressionsfreie und erhöhte Grundsicherung oder die flexible Wahl wöchentlicher Arbeitszeiten (für untere Lohngruppen finanziell teilkompensiert durch staatliche Zuschüsse) konkretisiert und symbolisiert werden. Dabei darf es aber nicht stehenbleiben. Die Brücke zur Vision muss sich ausdrücken in grundlegenden, auf die längere Frist orientierten, programmatischen Forderungen wie etwa kurze Vollzeit für alle, ticketfreier öffentlicher Verkehr oder ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Elementar ist, dass diese (hier nur beispielhaft aufgeführten) radikal-reformistischen Forderungen in den Zusammenhang einer kohärenten Vision, etwa der einer persönlichen Befreiung mit mehr Ökologie und weniger Kapitalismus gestellt werden. Ohne eine solche spezifisch linke „große Erzählung“ (früher war das die Befreiung der Arbeiterklasse zum Sozialismus) werden diese emanzipativen Sozialpolitiken nicht verstanden werden und im Vergleich zu reaktionär motivierten Sozialforderungen wie etwa „Mehr Rente für deutsche Leistungsträger“ schwer zu popularisieren sein.

Ein solcher, die persönliche nicht-konsumtive Entfaltung durch stützende Strukturen ins Zentrum stellender radikaler Reformismus ist aber keineswegs nur ein spezifisches Angebot an (potentiell) rechte Wähler. Er ist ebenso elementar für die Aufgabe (und Chance) der Linken, die prinzipielle sozial-ökologische (Zu-)Stimmung in den progressiven Schichten in reale sozial-ökologische Strukturveränderungen weiter zu treiben.

Entfaltungsfreiheit, Existenzsicherheit und Zeitwohlstand lassen sich wunderbar mit Ökologie verbinden, und haben den „schönen“ Nebeneffekt, dass sie nur zu verwirklichen sind, wenn Kapitalmacht zurückgedrängt wird bzw. umgedreht. „Weniger Kapitalismus“, Ökologie und individuelle Befreiung sind jeweils notwendig für das Erreichen des Anderen.

Diesseits des System-Hoppings

Qualitäten einer solchen „großen Transformation“ werden nur als solche erkannt werden, wenn sie zumindest ansatzweise als individuell befreiende Linderung bedrückender Lebensumstände bzw. als konkrete positive Veränderung erfahrbar werden. Und als anspruchsvoll, aber nicht unrealistisch, werden Visionen nur gesehen werden, wenn sie in Forderungen eines radikalen Reformismus umgesetzt werden, die im Hier und Jetzt prinzipiell machbar erscheinen und diesseits eines Systembruchs welcher Natur auch immer zunächst die Gewichte verschieben würden. Der Mietendeckel oder die Verstaatlichung von Wohnungsunternehmen sind dafür gute Beispiele. Dazu brauchen keine Macht- oder „Systemfragen“ fragen explizit, aber diffus und daher politisch hilflos bleibend, gestellt werden. Sie ergeben sich bei populären Forderungen, die nur bei Zurückdrängung von Kapital- oder sonstiger Macht erfüllt werden können, von selbst.

Dies gilt genauso für in Reaktion auf die ökologische Krise nach dem Ende der Planwirtschaftsorientierung neu formulierte reine Antithesen zu Kapitalismus und Markt wie etwa ein Wirtschaften nur in kleinen Betriebseinheiten, die Steuerung ökonomischen Handelns über die Bewertung ihrer „Gemeinwohl“-Qualitäten, die Abschaffung privater Verfügungsgewalt über Produktionsmittel zugunsten direkter Demokratie jeweils aller (!) von Entscheidungen über Produktion und Konsum Betroffenen etc. Sie können zwar hilfreich sein als korrigierende Richtungsanzeiger, müssen aber in ihrer Totalität theoretisches Konstrukt bleiben und laufen Gefahr, am tatsächlichen alltäglichen Leiden der Menschen vorbeizugehen.

Einstieg in Post-Produktivismus

Um in die konkrete Utopie „individuelle Entfaltung, Ökologie und weniger Kapitalismus“ ernsthaft einzusteigen, muss die Linke theoretisch (und dann auch in ihrer praktischen Politik) allerdings über ein Stöckchen springen, das ihr die eigene Geschichte noch hinhält: Das des Produktivismus bzw. des Arbeits-Fetischismus.

Eine Abkehr vom Produktivismus, gemeint hier nicht als Effizienzorientierung, sondern als Ziel und Praxis des Möglichst-Viel-Produzierens bedeutet anzuerkennen, dass es eine frohe Botschaft ist, wenn die Arbeit weniger wird. Das Problem in den Konjunkturerbrüchen der vergangenen 50 Jahre, also etwa seit dem Ende der Nachkriegsknappheit in den 1970er Jahren, war nie, dass zu wenig Waren da waren, sondern die Gefährdung individueller ökonomischer Existenzen, die im Kapitalismus fatal an die eigenen Arbeitsplätze gekoppelt sind und so zu Konservatismus geradezu zwingen: Sie auf Biegen und Brechen zu verteidigen. Doch zur Existenzsicherheit ist keineswegs die Aufrechterhaltung des jetzigen Volumens der Produktion nötig, auch nicht der Ersatz umweltschädlicher Produkte im Zuge einer Konversion zu grünen Produkten oder Dienstleistungen im gleichen Marktwert.

Warum greift die Linke ihre alte Vision der Verfügung über freie Zeit nicht radikal auf und fragt die nach rechts tendierenden Arbeiter: Wollt ihr weiter 40-50 Std. malochen und eure Wut darüber an Einwanderern und anders Lebenden auslassen oder wollt ihr mit ihnen zusammen weniger arbeiten und mehr Zeit für Dinge haben, die Euch wichtig sind im Leben? Wollt ihr weiter 40-50 Std. malochen und als Kompensation dafür eine Deutschlandfahne hissen oder wollt ihr mit uns dafür kämpfen, dass eure Existenz gesichert ist auch bei radikal geringerer Arbeitszeit, durch einen erweiterten Sozialstaat und eine radikale Anhebung niedriger Löhne?

Natürlich bedeutet Post-Produktivismus Zurückdrängung von Kapitalmacht, aber bevor wir in diese „Verlegenheit“ kommen, müssen wir zunächst einmal Unterstützung erreichen für diese (arbeits-)politische konkrete Utopie: Weniger Arbeiten ist schön (freie Zeit), nötig (Ökologie) und möglich: Die moderne Wirtschaft hat eine historisch ungeheure Produktivität, die wir nun allen zu Gute kommen lassen können, wenn wir nur das Marktergebnis nicht hinnehmen, sondern umverteilend und lenkend korrigieren.

Gesellschaftliche Arbeit, d.h. Arbeit für andere und Arbeit im Austausch mit anderen, ist zentral für die individuelle Entfaltung und die soziale Anerkennung, gerade in der „Gesellschaft der Vielen“. Im Kapitalismus ist die Befriedigung dieses basalen Bedürfnisses des Menschen als sozialem Wesen mit einer bestimmten Form von Arbeit - der Erwerbsarbeit – verschränkt. Sie kann jedoch ausgebeutet werden und bedeutet oft entfremdete Arbeit, da sie sich Gewinnimperativen unterordnen muss.

Warum hält die Linke am Ziel von möglichst viel Erwerbsarbeit fest? Warum begrüßt sie es nicht, wenn der Schwerpunkt des gesellschaftlichen Austauschs sich in Richtung nicht-monetärer Formen wie Gemeinschafts- und Bürgerarbeit verlagert? Es ist möglicherweise der Weg aus dem Kapitalismus (verstanden als Kapitaldominanz), hin zur freien Tätigkeitsgesellschaft, wie sie sich der frühe, utopische Marx vorstellte.